



Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 25. September 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-08-0108

**Keine Weitergabe der Meldedaten - Bürger_innenantrag
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 19.09.2012 -**

Informationelle Selbstbestimmung heißt, dass Menschen über ihre persönlichen Daten verfügen können. Sie können entscheiden, wem sie sie geben und wem nicht. Der Weitergabe durch die Einwohnermeldeämter erst widersprechen zu müssen ist demnach eine Missachtung der informationellen Selbstbestimmung und beraubt die Bürger_innen der Möglichkeit, Kontrolle über die Weitergabe der persönlichen Daten zu behalten.

Wiesbaden ist eine proaktive Stadt. Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu veranlassen,
dass die Bürger mittels einer Informationskampagne über ihre Widerspruchsmöglichkeiten gegen die Weitergabe ihrer persönlichen Daten aufgeklärt werden.

Beschluss Nr. 0088

Der Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 19.09.2012 betr.

Keine Weitergabe der Meldedaten - Bürger_innenantrag

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2012

Schickel
Stv. Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2012

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister